

Ratsinformationssystem

Auszug - Vorschlag zur Tagesordnung: Sachstand und Diskussion bezüglich: Bezahlkarten für Asylbewerber:innen

- 
- 
- 

TO	des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Senioren		
TOP:	Ö 7		
Gremium:	Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Senioren	Beschlussart:	zur Kenntnis genommen
Datum:	Di, 19.03.2024	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	16:00 - 19:17	Anlass:	Sitzung
Raum:	großer Sitzungssaal (Raum 312)		
Ort:	Rathaus Herne		
	2024/0205 Vorschlag zur Tagesordnung: Sachstand und Diskussion bezüglich: Bezahlkarten für Asylbewerber:innen		Beschluss
VO		BES	
Status:	öffentlich	Vorlage-Art:	Vorschlag Formular
Verfasser:	Fraktion Die Linke		
Federführend:	FB 41 - Soziales	Bearbeiter/-in:	Bittokleit, Ralf

Anlagen:

Nr.	Status	Name
 1	öffentlich	240319_SOZ_Bezahlkarte (59 KB)
 2	öffentlich	Stellungnahme TOP 7 und 9_3 Bezahlkarte (46 KB)

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder erfolgt die Beantwortung der Fragen der SPD und CDU Fraktion (siehe Tagesordnungspunkt 9.3) unter diesen Tagesordnungspunkt.

Für die antragstellende Linke Fraktion nehmen auf die Anfrage zum Sachstand von Bezahlkarten für Asylbewerber*innen für die Verwaltung Frau Lachmann und Frau Stadträtin Stephanie Jordan Bezug. Die Stellungnahme ist ebenfalls aus der Anlage zu entnehmen. Nachstehend wird folgende Stellung bezogen.

1) Wie gestaltet sich der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Bezahlkarte?

Für die Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte bedarf es einer europaweiten Ausschreibung zur Vergabe der Bereitstellung der Bezahlkarte. Diesem

Ausschreibungsverfahren ist NRW am **25.2.2024** beigetreten. Auf der Vergabepattform Dataport ist aktuell das Vergabeverfahren einschließlich des Leistungsverzeichnisses veröffentlicht. Damit werden u.a. die technischen Mindeststandards für die Bezahlkarte definiert.

Im Rahmen der Videokonferenzen mit dem Städtetag wurde transportiert, dass die erforderlichen bundesgesetzlichen Regelungen aktuell verabschiedet werden. Um eine einheitliche Einführung und Anwendung der Bezahlkarte zu gewährleisten, steht der Städtetag noch im Austausch mit der Landesregierung. Die Ergebnisse sind abzuwarten.

2) Bis wann ist mit der Einführung der Bezahlkarte zu rechnen?

Mit dem Abschluss des Vergabeverfahrens ist im Sommer 2024 zu rechnen. Die Einführung der Karte ab Herbst 2024 ist geplant.

3) Wäre es möglich, allen Asylbewerber*innen in Herne ein Basiskonto bei der Herner Sparkasse zu eröffnen, auf denen die Leistungen ausgezahlt werden – als Alternative zur Bezahlkarte?

Die Stadt Herne hat bereits vor einigen Jahren eine Vereinbarung mit der Herner Sparkasse dahingehend getroffen, dass alle Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ein sog. Guthabenkonto, welches keine Überziehungsmöglichkeit hat, eröffnen können. Leistungen werden auf dieses Konto überwiesen; es können Überweisungen getätigt, Lastschriften eingelöst und Auszahlungen am Geldautomaten vorgenommen werden.

Eine technische Einschränkung, wie dieses für die Bezahlkarte geplant ist, ist aktuell nicht möglich. Aus den Austauschformaten mit dem Städtetag wurde diese Anregung von anderen Kommunen ebenfalls als Alternative aufgezeigt. Einheitliche Abstimmungsprozesse wurden diesbezüglich noch nicht geführt.

Weiterhin berichtet die Verwaltung folgende Informationen.

Die Einführung einer „Bezahlkarte soll nach Aussage der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen möglichst verbindlich und flächendeckend sowie mit möglichst einheitlichen Standards ausgerollt werden soll. Auch solle sie bürokratiearm und für die Kommunen einfach handhabbar und pragmatisch sein. Möglicherweise notwendige rechtliche Anpassungen seien durch den Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz zu schaffen. Soweit den Ländern ein gesetzlicher Spielraum verbliebe, würden die Gespräche zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden frühzeitig fortgesetzt werden, um eine einheitliche Einführung und Anwendung der Bezahlkarte zu gewährleisten. Die Landesregierung werde für eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Bezahlkarte Sorge tragen.

Die Ausschussmitglieder beraten sich über die Chancen und Risiken, sowie die Stärken und Schwächen. Abschließend weist Frau Stadträtin Stephanie Jordan erneut darauf hin, dass sich die Ausschreibung der Bezahlkarten bereits europaweit in Ausschreibung befindet. Die Stadtverwaltung Herne wartet fortan die Entscheidung von Bund und Länder ab.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Senioren nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.